

**Bald keine Extrawurst mehr für Flugverkehr?**

Ein Klimakiller ist beim Kyoto-Protokoll bisher außen vor geblieben: Der Flugverkehr wurde bei den darin vereinbarten Maßnahmen nicht in Betracht gezogen. Nun soll auch dort mit dem Klimaschutz ernst gemacht werden. Die europaweite Besteuerung von Kerosin stand gestern auf der Tagesordnung des EU-Finanzministerrates in Brüssel. Die ersten Vorschläge für eine Abgabe auf Flugbenzin kommen aus Deutschland. Auch die EU-EntwicklungshilfeministerInnen und die EU-Kommission haben sich diese Woche für eine Steuer ausgesprochen, um mit den Erlösen den ärmsten Länder der Welt stärker zu helfen. "Es gibt eine allgemeine Unterstützung dafür", sagte Entwicklungsminister Jean-Louis Schiltz bei einem zweitägigen Treffen mit seinen RessortkollegInnen. Der Treibstoff für Flugverkehr ist bisher abgabenfrei. Die Fluglinien haben so einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber der umweltfreundlicheren Bahn. Deshalb forderten Déi Gréng in einem Pressecommuniqué am vergangenen Mittwoch: "Abolir les subventions nuisibles dans le secteur de l'aviation; introduire une taxe internationale sur le kérosène."

**Di Bartolomeo gegen Cannabis-Legalisierung**

Am Donnerstagmorgen war in der parlamentarischen Gesundheitskommission das Thema Drogen angesagt. Vorgestellt wurde der neue Aktionsplan, in dem die Regierung für die nächsten fünf Jahre ihre Ziele in der Drogenbekämpfung darlegt. Am nächsten Donnerstag findet auf Antrag der LSAP eine Aktualitätstunde im Parlamentsplenum statt, bei der der Gesundheitsminister noch Vorschläge der Fraktionen zum Drogenaktionsplan aufgreifen will. Mars di Bartolomeo (LSAP) betonte während der Kommissionsitzung erneut, dass die Verhandlungen mit der Stadt Luxemburg in Sachen Fixerstube gut vorangingen. Laut Informationen der woxx hat die Stadt Luxemburg jedoch einen weiteren vorgeschlagenen Standort in Hollerich verworfen. Di Bartolomeo outete sich in der Sitzung auch als Gegner einer Cannabis-Liberalisierung - ganz im Gegensatz zur Position, die seine Partei in den letzten Jahren vertreten hatte. Di Bartolomeos Argument: Der THC-Gehalt des heute angebotenen Cannabis sei so hoch, dass er keinesfalls mehr als sanfte Droge zu behandeln sei. Doch auch die legalen Drogen Alkohol und Tabak sollen nach dem Willen des Ministers stärker aufs Korn genommen werden. Zumindest unterstützt ihn dabei die Gesundheitskommission: Hier wird, im Gegensatz zu vielen anderen im Parlament, nicht geraucht.

**Girls' Day: bilan mitigé**

Mardi, le Cid-femmes a tiré devant la presse son bilan du Girls' Day de l'année passée - ce rendez-vous annuel donc où les jeunes filles sont invitées à découvrir les entreprises, avec le but de leur proposer une orientation professionnelle qui dépasse les clichés traditionnels femmes-hommes. Sur base de l'évaluation d'un questionnaire, Christa Brömmel a constaté que l'enthousiasme aussi bien du côté des filles que des entreprises est grand. Les filles ont d'ailleurs apprécié à 83 pour cent que la journée s'adresse exclusivement aux filles. Mais parmi les adolescentes, deux tiers ont déjà leur idée en tête ... dont 83 pour cent un métier typiquement féminin. Pendant le Girls' Day, il serait donc important que les entreprises proposent, plutôt que de simples visites, des échanges personnels avec l'équipe. Pourtant, un Girls' Day à lui seul ne provoque pas encore de vrai changement de mentalité. Dommage que le Ministère de l'Education n'ait pas saisi l'occasion pour présenter un concept plus large. Certains chiffres interpellent en tous cas: un tiers des filles sont toujours d'avis que les femmes sont plus douées que les hommes pour s'occuper du ménage et de l'éducation des enfants, et pour la moitié d'entre elles, une mère devrait travailler à mi-temps.

*Guy Goedert befürchtet, dass die Liberalisierung der Wirtschaft auf Kosten der VerbraucherInnen geht. Europaweit werden die Standards fallen, erwartet der Direktor der Konsumentenschutzvereinigung.*

(Foto: Christian Mosar)

**VERBRAUCHERSCHUTZ**

# "Wir müssen höllisch aufpassen"

**woxx: Herr Goedert, wie schützt die ULC die Verbraucher in Luxemburg?**

**Guy Goedert:** Die ULC bietet ihren Mitgliedern konkrete Hilfestellung an, unter anderem juristischer Natur. Pro Jahr befassen wir uns mit etwa 3.000 Streitfällen. Außerdem bieten wir Expertisen auf unterschiedlichen Gebieten an. Darüber hinaus leisten wir Lobbyarbeit, indem wir zu Gesetzen Gutachten abgeben. Zwar ist der Gesetzgeber dazu nicht verpflichtet, doch in den vergangenen Jahren wurden wir zu allen Gesetzen, die den Konsumenten betreffen, konsultiert.

**Muss der Schutz der Verbraucher unter den Vorzeichen einer zunehmenden Dereglementierung in der Wirtschaft nicht zurückstecken?**

Unsere Aufgabe ist es, den Konsumenten nicht den Exzessen der freien Marktwirtschaft hilflos ausgeliefert zu lassen. Der Verbraucher muss geschützt werden. Dies ist unsere Mission. Und ein paar Dinge kann man einfach nicht dem freien Wettbewerb aussetzen, wie zum Beispiel die Wasserversorgung. Leider jedoch laufen auch bei diesem elementaren Gut die Bestrebungen mittelfristig auf eine Privatisierung hin.

**Wie können Sie Ihre Mission erfüllen?**

Indem wir auf zwei Ebenen handeln: zum einen in Brüssel bei der EU-Kommission und zum anderen bei der Umsetzung von deren Direktiven in die Luxemburger Gesetzgebung. Auf europäischer Ebene befürchten wir, dass der Konsumentenschutz hinter den Notwendigkeiten des europäischen Binnenmarktes zurückstecken muss und riskiert unter die Räder zu kommen. Oft wird nach der einfachsten Lösung gesucht, und die ist eben eine Vereinheitlichung der Gesetze auf einem kleinen Nenner. Das bringt auch die Gefahr mit sich, dass die ganzen Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher zurückgeschraubt werden.

**Erwarten Sie, dass die Standards fallen?**

Das ist zu befürchten.

**Welche Auswirkungen hat die EU-Erweiterung und die Richtlinie zur Liberalisierung im Dienstleistungssektor auf den Konsumentenschutz?**

Da sprechen bei uns Konsumentenschützern zwei Herzen aus einer Brust: Auf der einen Seite ermöglicht die Richtlinie, Dienstleistungen und Güter billiger anzubieten. Das kann ein Preisvorteil sein, auf der anderen Seite verstehe ich, dass die Gewerkschaften auf die Gefahr des Sozialdumpings hinweisen. Wie dies alles sich aber auf die Qualität auswirken wird, und ob die dann noch garantiert ist, weiß ich nicht. Die Bolkestein-Direktive kann für den Verbraucher nicht global negativ sein. Den interessiert nun mal primär das Preis-Leistungs-Verhältnis.

**Direktiven wie diese über den "e-commerce" und das sogenannte "Herkunftslandsprinzip" scheinen den Verbraucher zu benachteiligen. Nach dem Letzteren wird zum Beispiel in einem Streitfall das Gesetz des Landes angewandt, in dem der Verkäufer zu Hause ist.**

Das Ziel sind gleiche Standards. Diese herzustellen gelingt nicht von heute auf morgen, sondern liegt in weiter Ferne. In den baltischen Staaten weiß man zum Beispiel nicht einmal, was Konsumentenschutz überhaupt ist. Gerade beim Prinzip vom Herkunftsland des Anbieters müssen wir höllisch aufpassen, dass wir nicht unter die Räder kommen. Noch handelt es sich um eine Absichtserklärung. Für Luxemburg kann das "Herkunftslandsprinzip"

aber ein Problem darstellen. Zu Belgien, Deutschland und Frankreich gibt es keinen großen Unterschied, sowohl was die Rechtskultur angeht, als auch was die Situation der Konsumenten betrifft. Um den Schutz zu sichern und Lobbying zu betreiben, bedarf es aber auch mehr Mittel.

**Mehr finanzielle Unterstützung?**

Selbstverständlich. Wir besitzen nicht das Privileg, in großem Maße von öffentlicher Hand finanziert zu werden. Wir sind auf die Beiträge unserer Mitglieder angewiesen. Die interessieren sich natürlich primär für die individuelle Hilfe auf dem Terrain in ihrem jeweiligen Fall. Die ist auch wichtig. Wir wünschen aber auch, dass die Verbraucher verstehen, dass die ULC sie auch auf einer anderen Ebene - auf staatlicher und auf europäischer - vertritt.

**Gerade bei der Umsetzung von EU-Direktiven hat sich Luxemburg bisher schwer getan. So hätten die Garantien nach dem Kauf von Waren schon 2002 umgesetzt werden müssen. Dies geschah erst mit zweijähriger Verspätung.**

Das ist richtig, in der Umsetzung von Direktiven hat Luxemburg ab und zu Verspätung. Das kann vielleicht auf Personalmangel zurückzuführen sein. Wir hätten es zwar lieber gehabt, dass die Richtlinie rechtzeitig umgesetzt worden wäre. Am Ende sind wir aber froh, über einen guten Gesetzestext zu verfügen.

**Für die Konsumentenfragen sind oft zwei oder drei Ministerien zuständig. Wie kann da**

**eine bessere Koordinierung stattfinden?**

Die meisten Fälle betreffen zwar das Wirtschaftsministerium, für andere, wie zum Beispiel die Lebensmittelsicherheit, sind das Gesundheits- oder das Landwirtschaftsministerium zuständig. Wir haben deshalb in einer Stellungnahme vor den letzten Wahlen ein Verbrauchermuseum oder ein Staatssekretariat gefordert.

**Hat die neue Regierung von Ihrem Forderungskatalog schon etwas umgesetzt oder zumindest in Angriff genommen?**

Im Regierungsprogramm ist dem Konsumentenschutz gerade einmal eine Seite gewidmet. Es hat sich zwar nichts verschlechtert, aber auch nichts wesentlich verbessert. Das ist relativ dünn.

**Die ULC fordert schon seit längerem die rechtsverbindliche Zusammenfassung des Konsumentenrechts in einem Code du Consommateur. Gibt es dabei Fortschritte?**

Unser Code ist eine Kombination von Gesetzen, die den Verbraucherschutz betreffen. Wenn das Wirtschaftsministerium nicht die Möglichkeiten hat, kann ihn ein unabhängiges Institut wie das Centre de Recherche Gabriel Lippmann ausarbeiten.

**Besteht die Aussicht auf eine Konsumtripartite?**

Es geht mehr um einen Conseil de la Consommation. Ihn gibt es zwar noch nicht, der Text zumindest ist aber fertig. Der Conseil soll eine Plattform darstellen, auf der sich die Vertreter der Konsumenten mit denen der Regierung sowie der Handels- und Handwerkskammer treffen. Doch darüber hinaus müssen mehr Schlichtungsinstanzen geschaffen werden. Zurzeit haben wir zwei, eine im Reisebereich, eine andere bei den Versicherungen. Wir wünschen uns aber auch welche in anderen Bereichen. Zum Beispiel im Bausektor. Denn die Differenz zwischen dem Streitwert und den Prozesskosten ist oft unverhältnismäßig. Der einzelne Verbraucher muss besseren Zugang zur Rechtsprechung haben. Uns schwebt dabei ein Bagatellgericht wie die "small claim courts" im angelsächsischen Sprachraum vor.

**Stefan Kunzmann**

**Zur Person**

Guy Goedert ist den täglichen Kontakt mit den Verbrauchern gewöhnt. Der Direktor der Union Luxembourgeoise des Consommateurs (ULC) war jahrelang verantwortlich für den service juridique der ULC und hat diesen mit aufgebaut. Der 46-jährige Jurist ist seit 20 Jahren bei den luxemburgischen Konsumentenschützern, in deren Verwaltungsrat er auch sitzt.